

Die Deutschen sollten sich in die britische Brexit-Debatte einmischen, fordert **Denis MacShane**.

Wenn Fakten egal sind



IMAGO [M]

Es ist schon eine merkwürdige Welt: In meinem Heimatland verteidigen die Tories und die konservativen Medien das geplante Brexit-Manöver mit einer geradezu trotzistisch anmutenden Leidenschaft. Deshalb sind sie bereit, britische Kerntugenden wie den Pragmatismus und das Beharren auf Tatsachen und rationalen, wirtschaftsbasierten Argumenten auf den Aschehaufen der Geschichte zu werfen.

Das geht bis zur persönlichen Selbstverleugnung. In seinen Jahren als Oppositionspolitiker sagte David Davis, heute der für den Brexit zuständige Minister: „Eine Demokratie, die ihr einmal gefälltes Urteil über einen Sachverhalt nicht ändern kann, hört auf, eine Demokratie zu sein.“ Diese Weisheit gilt anscheinend nicht mehr.

Das übergeordnete Ziel der Tories ist, den diffusen Ärger der Wähler, der über lange Jahre in einem medialen Trommelfeuer bewusst auf die EU gelenkt wurde, immer weiter aufrechtzuerhalten und politisch zu instrumentalisieren. Bei alledem wird der Ausgang des Referendums als sakrosankt erklärt und darf entsprechend niemals infrage gestellt werden. Die Tatsache, dass nur 37 Prozent der registrierten Wähler für einen - nicht näher definierten - Brexit stimmten, wird geflissentlich übersehen.

Ohne die mitunter absurde Rolle meiner eigenen Labour-Partei verschweigen zu wollen: Den meisten Tories ist es egal, dass sie in einer Erdogan-haften Art und Weise einem grobschlächtigen Mehrheitsprinzip huldigen. Die stolzen Traditionen der britischen Demokratie - inklusive des Primats des Parlaments und der Beachtung des Fairnessprinzips - gelten nicht mehr.

Dass in vielen Ländern, darunter Italien, Dänemark, Irland, Schweden, Ungarn und der Schweiz, qualifizierte Mehrheiten notwendig sind, mitunter sogar eine doppelte Mehrheit von Wählern und Regionen, bevor das Ergebnis eines Referendums Gültigkeit erlangt, spielt in der britischen Diskussion erst recht keine Rolle.

Instrument von Demagogen

Genauso wenig zählt, dass das Brexit-Referendum konsultativen, aber nicht rechtsverbindlichen Charakter hat. Margaret Thatcher, die große Konservative, nannte Volksentscheide „ein Instrument von Demagogen und Diktatoren“.

Den Brexit-Partisanen nutzt die Tatsache, dass Großbritannien keine schriftliche Verfassung hat. So können sie fleißig Regeln „on the go“ aufstellen. Aber diese Flexibilität gilt natürlich auch in umgekehrter Marschrichtung. Man kann sie ebenso gut zur Rückgängigmachung des aktuell noch weithin als verbindlich angesehenen Brexit-Ergebnisses nutzen. Sadiq Khan, der Londoner Bürgermeister und eine wichtige Figur der Labour Party der Zukunft, hat schon die Notwendigkeit eines zweiten Referendums postuliert, das im Jahr 2019 (oder wann immer die EU-Austrittsvereinbarung mit Brüssel amtlich vereinbart wird) abgehalten werden soll.

Unter den Tory-Abgeordneten denkt daran aktuell freilich niemand. Sie sind - zumal angesichts der innerparteilichen Streitigkeiten und des sehr schwachen politischen Rückhalts der Premierministerin - allein darauf fixiert, dass vor 2022 keine neue Parlamentswahl abgehalten werden soll (vor allem um ihr Parlamentsmandat und die Macht im Land zu behalten).

Trotz alledem ist nur schwer vorstellbar, dass ein so gravierender Schritt wie die Selbststigmatisierung Großbritanniens aus Europa heraus nicht noch einmal überdacht wird. Immerhin zieht dieser Schritt tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen bis in die 2030er-Jahre nach sich. Dies gilt umso mehr, als das den Brexit vermeintlich rechtfertigende Narrativ immer stärker in sich zusammenbricht. Denn auf einmal kommt die EU-Volkswirtschaft auf relativ breiter Basis auf die Sprünge.

Neues währungspolitisches Mantra

Spanien hat in den letzten drei Jahren jedes Jahr ein BIP-Wachstum von drei Prozent pro Jahr verbucht. Präsident Macron hat die antieuropäischen Geister in Frankreich zurückgedrängt und scheint entschlossen, Arbeitsmarktreformen durchzuführen, die das französische Wachstum entfalten könnten. Und der ewige Liebling der Tories, die Vereinigten Staaten von Amerika, offerieren unter Donald Trump auch nicht mehr das richtige Evangelium. Zumal der Trend zu immer mehr Ungleichheit und niedrig bezahlten Arbeitsplätzen in den USA ausgeprägter ist als irgendwo anders.

Zudem müssen britische Konservative ein neues Mantra in der Währungspolitik finden. Sie haben einen starken US-Dollar als Validierung der US-Stärke und der Schwäche Europas angesehen. Die aktuelle Wechselkursentwicklung passt in dieses Weltbild nun gar nicht hinein.

Und von dem geistigen Wirrwarr mit Blick auf unsere eigene Währung ganz zu schweigen: Die britischen Konservativen interpretieren das schwache Pfund - in merkwürdigem Gegensatz zu ihren traditionellen Ansichten über den Euro - als Zeichen unserer „Flexibilität“. Auch herrscht Stillschweigen über die Aussichten der britischen Volkswirtschaft, die sich weiter abschwächt. Dies ist immer weniger eine Frage der - als vorübergehend vermuteten - „Unsicherheit“, sondern eine Folge von Fundamentaldaten, wie etwa einer nachhaltigen Abschwächung der Investitionstätigkeit ausländischer Konzerne.

Dazu gehören auch immer mehr Auslandsbanken, die in den vergangenen Jahrzehnten einen sehr großen Anteil an den üppigen Einkommen hatten, die in der Londoner City verdient wurden. Sie siedeln wichtige Funktionen nach Frankfurt, Paris, Dublin und Amsterdam um. Selbst Lloyds of London hat zehn Prozent seiner Mitarbeiter und Operationen nach Luxemburg verlegt, um auf diese Weise in der EU operieren zu können.

Reines Amputat der EU

Was den zukünftigen Weg unserer Nation angeht, so ist es möglich, den EU-Vertrag zu verlassen und keine Abgeordneten mehr in das Europäische Parlament zu wählen und keinen EU-Kommissar mehr nach Brüssel zu schicken. Wenn wir Briten uns auf diese Weise selbst zu einem weiteren Norwegen und Liechtenstein machen (via einer künftigen Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum oder Efta-Beziehung), wird dies zu einem gravierenden Verlust unseres Einflusses in Europa führen. Darauf freiwillig abzielen ist eine Umkehrung von Jahrhunderten an britischer Geschichte und diplomatischer Strategie.

So degeneriert sich Großbritannien vom wesentlichen Mitgestalter zum reinen Amputat der

Europäischen Union. Das ist der unausweichliche Effekt des politischen Brexits.

Um einen vollen Bruch zu vermeiden und Raum für bessere politische Ansätze zu schaffen, wird das Vereinigte Königreich Hilfe von seinen deutschen Freunden, besonders den wichtigen Wirtschaftsakteuren des Landes, brauchen. Sie sollten viel klarer darüber reden, was der Verlust des Vereinigten Königreichs für Europa bedeutet.

Stimmen aus dem Kontinent sollten auch viel klarer über die Konsequenzen des Brexits sein. Dazu gehört die Feststellung, dass die Welthandelsorganisation keinen ausreichenden Rahmen für den Handel mit dem Kontinent bieten kann.

Die deutsche Geschäftswelt will natürlich nicht als Störenfried in einem sehr brisanten politischen Prozess angesehen werden. Aber Höflichkeit kann manchmal alles andere als hilfreich oder zielführend sein. Es ist Zeit für klare Aussagen von allen Freunden Großbritanniens in Europa. Denn so immens der sich abzeichnende Schaden ist, so muss das Brexit-Referendum keine finale Tatsache sein.

Das damit verbundene politische Spiel ist noch lange nicht vorbei. Das können wir Briten zentral von einem anderen europäischen Land lernen, das seine Unabhängigkeit immer heftig verteidigt hat und starke Bedenken über die Einwanderung hat. Dieses Land ist dabei aber immer - auch hier uns Briten sehr ähnlich - auf seinen eigenen materiellen Vorteil bedacht.

Vorbild Schweiz

Die Schweizer haben im Februar 2014 in einem Referendum gegen „massive Einwanderung“ aus der EU gestimmt. In den darauffolgenden 30 Monaten wurde den Schweizern bewusst, was es bedeutet, wenn man den Zugang zur EU verliert. Die Effekte für die Schweizer Wirtschaft, den Tourismus, die Bauindustrie und sogar die Gesundheitsversorgung sind immens.

Auf dieser Grundlage setzte ein Umdenken ein, das in der Zwischenzeit die öffentliche Meinung in der Schweiz gedreht hat. Mittlerweile hat das schweizerische Parlament einen Kompromiss über die Freizügigkeit ausgearbeitet, der die EU-Grundsätze respektiert.

Letztlich ist die Aufgabe, vor der unsere ausländischen Freunde stehen, relativ einfach und elegant: Sie müssen uns eigentlich nur an die Notwendigkeit der Wahrung unserer eigenen besten Tugenden erinnern. Diese bestehen im Kern darin, niemals aufgrund einer an völlige Weltfremdheit angrenzenden, ideologisch überfrachteten Besessenheit zu entscheiden.

Wir Briten sind bisher immer sehr gut mit unserem Sinn für Pragmatismus gefahren. Dass es ausgerechnet die britischen Konservativen sind, die sich dagegen wehren, grenzt zumindest an Wahnsinn.

Soweit sich wirtschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland immer noch mit einem Engagement in Sachen Pragmatismus zieren, sollten sie sich eine entscheidende Tatsache vor Augen halten: Die jungen Briten - und damit die künftige, langfristige Kundschaft - werden es sehr zu goutieren wissen.

Der Autor war britischer Europaminister unter Tony Blair.

Sie erreichen ihn unter:

gastautor@handelsblatt.com

„
Es ist Zeit für klare Aussagen von allen britischen Freunden in Europa. Denn so immens der sich abzeichnende Schaden ist, so muss das Referendum keine finale Tatsache sein.“